

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Bernhard Pohl, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Thorsten Glauber, Günther Felbinger, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Dr. Leopold Herz, Claudia Jung, Peter Meyer, Ulrike Müller, Alexander Muthmann, Manfred Pointner, Markus Reichhart, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann** und **Fraktion (FW)**

Potenzial der Bundeswehr für zivile Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung nutzen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich im Bund dafür einzusetzen, dass im Zuge des geplanten Umbaus und der Reduzierung der Bundeswehr

- vorhandene Ausbildungskapazitäten bei der Bundeswehr in gleichem Umfang weiter genutzt,
- nicht mehr benötigte militärische Ausbildungskapazitäten für zivile Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt,
- entsprechende Kooperationsmodelle mit der Industrie, Hochschulen und Wissenschaft verhandelt und
- die Anerkennung militärisch erworbener Fähigkeiten und Fertigkeiten außerhalb der Bundeswehr ausgebaut werden.

Etwa bestehende normative Hindernisse im Bereich der zivilen Betätigung der Bundeswehr sind zu beseitigen.

Begründung:

Die Bundeswehr besitzt einen hohen Standard im Bereich der Aus- und Weiterbildung, insbesondere im Bereich von Technik und Logistik. Dies betrifft zum einen das hochqualifizierte Lehr- und Ausbildungspotenzial, zum anderen auch die technischen und schulischen Einrichtungen sowie das Know-how.

Im Zuge einer geplanten Reduzierung der Bundeswehr drohen Teile dieses Potenzials durch Kürzungen und mögliche Standort-schließungen, die mit dem Abbau von Personal und Einsparungen bei Material und Rüstungsgütern verbunden sind, teilweise verloren zu gehen.

Der hohe Ausbildungsstandard muss zunächst im Interesse der Bundeswehr selbst erhalten bleiben. Dies kann dadurch gelingen, dass frei werdende Kapazitäten für die zivile Ausbildung nutzbar gemacht werden. Militärisches Personal bildet somit über Bedarf aus und stellt der Wirtschaft ausgebildete Fachkräfte zur Verfügung. Dies hebt zum einen die Attraktivität der Bundeswehr, die nach dem Wegfall des allgemeinen Wehrdienstes grundsätzlich vor einer erhöhten Herausforderung steht, qualifiziertes Personal zu gewinnen. Desgleichen gilt für die Universitäten der Bundeswehr. Gerade im Hinblick auf einen bevorstehenden doppelten Abiturjahrgang in Bayern und allgemein steigende Studierendenzahlen ist nicht nur der Erhalt der Universität der Bundeswehr München, sondern auch eine langfristige Stärkung dieses Standortes nötig. Eine Auslastung der Kapazitäten durch gesteigerte Vergabe von Studienplätzen auch an zivile Studierende ist daher auch hier sinnvoll.

Zum anderen profitiert hiervon auch die Wirtschaft, die exzellent ausgebildete und praktisch geschulte Kräfte bekommt.

Dies ist in Kooperation mit der Industrie schon heute möglich. Diese Kooperationen sind auszubauen, was natürlich auch eine finanzielle Beteiligung der Wirtschaft bzw. bei Hochschulen, Forschung und Wissenschaft des Staates an den Ausbildungskosten voraussetzt, damit der Bundeswehr hierdurch keine zusätzlichen Kosten entstehen und die vorgegebenen Sparziele erreicht werden.